

ITALIEN

EU-Manna fixiert den Reformstau

Reinhard Frauscher 16.06.2020 Die Presse

„Die Ablehnung der Corona-Wiederaufbauhilfe für die EU-Südländer, vor allem Italien, kann Österreich schaden.“ – Diese Polemik von Umverteiltern und Berufseuropäern aller Art durfte zuletzt Publizist Peter Huemer in der „Presse“ (5. Juni) aufstellen. Eine mit Fakten belegte Widerrede.

Nur rückzahlbare Kredite, nicht Geschenke an den reformträgen Süden bremsen den Umbau der EU in eine Transferunion.

„Österreich erspart sich nichts, es zahlt drauf, weil Italien einer der wichtigsten Handelspartner ist.“ – Italiens Exportanteil betrug 2007, dem bislang letzten guten Jahr, 8,9 Prozent; 2019 nur mehr 6,3 Prozent. Unser drittgrößter Markt schrumpft also kontinuierlich, und zwar auch ohne Corona. Er ist kein Hoffnungsmarkt, den zu stabilisieren argumentierbar wäre. Denn die ärgsten Links- und Rechtspopulisten Europas wollen den größten Reformstau der EU noch zögerlicher angehen als die 68 Regierungen seit 1946. Das ist auch der wahre Grund für Italiens Coronade-saster – und nicht höhere Gewalt. Dessen Zwang zu Reformen schieben Geschenke aus dem Norden nur weiter hinaus.

„Aufbauhilfe“ für schwache Exportmärkte machten uns Kreisky und Androsch in den 1970er-Jahren vor, als sie Ostblockländern Kredite über Hunderte Milliarden Schilling andienten, um der maroden Verstaatlichten die zu vielen Arbeitsplätze zu „sichern“. Zehn Jahre später waren die meisten trotzdem weg, und das Geld auch. Die Basis für Österreichs Schulden war gelegt – und damit mehr SPÖ-Wahlsiege. Bis die Arbeitslosen FPÖ wählten.

Wäre die Sorge um unsere „wichtigsten Handelspartner“ ehrlich, gehörte die von Gerechtigkeits-schmäh und USA-Kritik motivierte Digitalsteuer abgeschafft: Die bringt 20 Millionen Euro pro Jahr und demnächst Zugangshürden und zwei Milliarden Euro Strafzölle für den zweitgrößten Exportmarkt.

„Die Weigerung Österreichs stärkt die wütenden EU-Gegner um Salvini.“ – Die schrille Anti-EU-Rhetorik von Salvini ist längst etabliert, auch beim Wähler. Wie die der stetig wachsenden Neofaschisten von Parlamentspräsidentin Giorgia Meloni. Rom perfektioniert seit Jahrzehnten das Pokern mit Hetze gegen Brüssel und Berlin. Noch mehr Rechts- und Linksdrall ist längst da, und halbwegs seriöse Alternativen zur ärgsten Politikerklasse der EU sind nicht in Sicht.

„Der Zusammenhalt der EU steht vor einer großen Bewährungsprobe.“ – Nicht in Rom. Italiener nehmen den Politlärm viel weniger ernst als der Norden. Es geht immer nur um kurzfristige Nutzenmaximierung, gern mit persönlichem Vorteil. Eine Mehrheit für Italiens Austritt aus Euro oder gar EU gab es in keiner seriösen Umfrage. Alle inklusive Salvini wissen, dass eine neue Lira sofort die Staats- und Bankenpleite brächte, den Preis ihres permanenten Über-die-Verhältnisse-Lebens. Nur Euro und EU bewahren sie davor. Die „Bewährungsprobe“ kommt aber, wenn die EU offen zur permanenten Transferunion wird. Bisher ist sie das über Euro und EZB noch verdeckt. Gegen alle Verträge und ohne adäquaten demokratischen Konsens der hauptzahlenden Niederländer, Deutschen und Österreicher. Der EU-Frust im Norden wächst dann schneller als die Vergemeinschaftungsaposteln sich das vorstellen mögen. Der echte Exportweltmeister Schweiz hilft statt seinem drittgrößten Markt Italien lieber eigenen Exporteuren. Für Gegner der Transferunion ein Beweis mehr für besseres Leben ohne diese.

Der EU-Frust im Norden wächst

„Die politische Schlaueit und ökonomische Ahnungslosigkeit“, die Peter Huemer Kanzler Sebastian Kurz und Finanzminister Gernot Blümel in seinem Kommentar falsch konstatieren durfte, wird diese Fakten berücksichtigen:

- **Lebensarbeitszeit:** Italien: 32 Jahre (kürzeste der EU), Österreich: 37,6 (+20 %)
- **Geldvermögen/Einwohner:** gleich, Immobilienvermögen in Italien aber deutlich höher

- **Staatliche Goldreserven**/Einwohner: Italien: dritthöchste der Welt, in Österreich ein Bruchteil
- **Gesundheitsausgaben**: Italien: 8,8 % des BIP; Österreich: 10,5 % (OECD). Intensivbetten je 100.000 Einwohner in Italien: 8,6; in Österreich: 28,9
- **Steuerhinterzieher** und organisierte Kriminelle (Weltspitze je Einwohner laut UN) erhöhen Italiens reales BIP um ca. 25 Prozent. Diese verweigern die Mitfinanzierung von Staat und EU.
- Die EZB kauft im Coronamodus Anleihen der EU-Staaten und -Firmen schlechter Bonität um **1350 Milliarden Euro**, frisch gedruckt, Italiens Anteil ist das Sechsfache seines EZB-Schlüssels, jener der anderen, auch Österreichs, entsprechend kleiner. Eine Italien-Hilfe der Sonderklasse wie die
- **Zinspolitik**: Die brachialen Niedrigzinsen des EZB-Chefs aus Rom, Mario Draghi, auf Kosten der Sparer im Norden ersparten seiner Heimat etwa gleich viel an Zinsen auf die Staatsschuld wie diese ausmacht. Sie ist die zweithöchste nach Griechenland mit jetzt 160 % des BIP (Österreich 70 %).
- Dazu nun die „**Wiederaufbauhilfe**“ von 750 Milliarden Euro, der allergrößte Teil für die Südländer: Rom rechnet fix mit 174 Milliarden Euro. Die meisten werden davon wenig sehen: Alle Hilfsaktionen bisher hatten als Hauptprofiteure Schlaumeier, Mafia, korrupte Politiker und Bürokraten . . .
- Noch ein Beispiel zur Fluglinie **Alitalia**: Seit 1995 viermal vom Staat refinanziert, dichtestes Binnennetz der EU, höchste Gehälter (erstreikt), Rom plant nun die volle Verstaatlichung – mit drei Milliarden Euro aus der EU-Hilfe, ohne Auflagen. Zum Vergleich Austrian: Den 150-Millionen-Euro-Staatszuschuss nennt die Linke „Geschenk“ an den deutschen Eigentümer, die Grünen erzwingen das Ende des Binnennetzes.

Premier Giuseppe Conte wollte die 174 Milliarden Euro nur als Geschenk, nun soll laut Brüssel die Hälfte doch als Kredit kommen. Aber auch nur zum Schein, weil nach Vorbild des ESM für Griechenland: Dem wurden Zinsen und Tilgungen für die 300-Milliarden-Euro-Kredite auf Jahrzehnte gestundet, weshalb sich die Schulden bis zur Rückzahlung verdoppeln – und diese verunmöglichen werden. Das zahlen dann die haftenden Steuerzahler im Norden. Darauf drängt Rom nun auch. Nur ohne lästige Verwendungskontrolle wie bei Athen.

Bei Österreich aber blockt Brüssel: Vor allem dessen strenge Beihilferegeln verzögern die Auszahlung der (eigenfinanzierten) Corona-Staatshilfen an Kleinbetriebe.

Österreich ist am Geldsegen für Rom mit seinen üblichen drei EU-Prozent beteiligt, steht also für fünf Milliarden Euro gerade. Auch dafür wollen Österreichs Linke und die Neos Extrasteuern, u. a. auf Pensionen. In Italien stehen diese trotz doppelt so hohen Wirtschaftseinbruchs und Schuldenstandes nicht zur Diskussion. Im Gegenteil, wurden doch kürzlich auch Steuersenkungen in Italien bekannt.

Die Hoffnung unideologischer Steuerzahler ist also, dass Sebastian Kurz und Gernot Blümel für kluge „Solidarität“ sorgen: für EU-besicherte Kredite mit Zinsen und Tilgungen der Empfänger von Rom bis Paris und strikter Verwendungskontrolle. Statt Blankogeschenken. Nur so befürworten sie auch deutsche Wirtschaftsforscher wie Clemens Fuest oder der Auto-Lobbyist und Bayerns Regierungschef, Markus Söder.

Und nur so wird der schleichende, undemokratische, vertragswidrige Weiterbau der EU in eine Transferunion auf Kosten der Hackler im Norden gebremst. Die der wahre „Schaden für Österreich“ und die Gefahr für den Frieden in Europa ist.

Reinhard Frauscher (* 1946, Innsbruck), Abschluss der WU Wien. Ab 1969 Wirtschaftsredaktion ORF, 1976 in der Innenpolitik der „Zeit im Bild“-Redaktion, 1983 Leiter ORF-Büro Bozen, 1990 dazu Italien-Korrespondent. Von 1999 bis 2015 Deutschland-Korrespondent für den „Kurier“. [Beigestellt]